

Überblick über das Unternehmensreorganisationsgesetz (URG)

– Eine grobe Übersicht für Jus-Studenten –

Literatur: Reich-Rohrwig/Zehetner, Das neue Insolvenzrecht IRÄG 1997 und IESG, Wien.; Schlager in Feldbauer-Durstmüller/Schlager, Krisenmanagement – Sanierung – Insolvenz, 2. Aufl (2002), 529 ff; Wagner, Geschäftsführerhaftung und URG (1999), 43ff; Chalupsky/Schmidsberger in Bertl/Mandl/Mandl/Ruppe, Insolvenz Sanierung Liquidation (1998), 39ff; Mohr in Dellinger/Mohr, EKEG Kurzkommentar (2004), 247 f; Reich-Rohrwig, Das neue Eigenkapitalersatzgesetz, ecolex 2004, 106; Jenatschek, Entfall der Haftung für Organmitglieder – Entlastung über Nachweis betriebswirtschaftlich sinnvoller, außergerichtlicher Maßnahmen, SWK 2007, W35; Reich-Rohrwig in Straube, GmbHG, § 25 Rz 75; Reich-Rohrwig, URG: Kennzahlen für die Kennzahlen für die Vermutung des Reorganisationsbedarf, SWK 1997, W 125; Reich-Rohrwig, Gesellschaftsrechtliche Änderungen durch das IRÄG 1997, SWK 1997, W 117; Reich-Rohrwig, Das Unternehmensreorganisationsgesetz, Vorständen und Geschäftsführern drohen neue Haftungen, SWK 1997, W 103;

I. Allgemeines:

Das Unternehmensreorganisationsgesetzes (URG; BGBl I 1997/114 = Art XI des InsolvenzRÄG 1997) wurde im Sinne einer allgemein durch das InsolvenzRÄG angestrebten besseren Insolvenzprophylaxe am **1.10.1997** in Kraft gesetzt.

Das URG sieht vor, dass Unternehmen, bei welchen **Reorganisationsbedarf** besteht, die Einleitung eines **Reorganisationsverfahrens** beantragen können. Das URG enthält **neben den Regelungen zum Reorganisationsverfahren** selbst (§§ 3-21) auch **Haftungsbestimmungen**, die Zusammen mit den **vorgesehenen Kennzahlen** ein Frühwarnsystem bilden sollen. Das URG verfolgt also das Ziel, dass Unternehmen frühzeitig eine Reorganisation durchführen, wenn sie in eine Krise geraten sind.

Grundsätzlich handelt es sich zwar um ein „freiwilliges Antragsverfahren“, allerdings normiert § 22 URG eine **verschuldensunabhängige Haftung** für **vertretungsbefugte Organmitglieder gesetzlich Abschluss-prüfpflichtiger juristischer Personen**, wenn diese den Antrag auf Einleitung eines Reorganisationsverfahren **trotz vermutetem Reorganisationsbedarf** unterlassen haben.

Das URG ist nicht auf Unternehmen anzuwenden, die bereits insolvent sind, sowie generell nicht auf Kreditinstitute, Pensionskassen, Versicherungsunternehmen, Wertpapierunternehmen und seit 1.8.2010 auch nicht auf Finanzinstitute, wie insbesondere Leasinggesellschaften, anzuwenden.

II. Antrag und Reorganisationsverfahren

1. **Antrag:** Möchte der Unternehmer bzw die Organwalter (Gf, VStd) einer Gesellschaft ein Reorganisationsverfahren einleiten, so hat er gemäß § 4 URG zu erklären und durch Vorlage verschiedener Urkunden (Jahresabschlüsse etc.) glaubhaft zu machen, dass sein Unternehmen Reorganisationsbedarf hat, aber nicht insolvent ist. Er kann auch bereits einen Reorganisationsplan vorlegen.
2. Liegen die Voraussetzungen und ein Antrag vor, hat das Gericht das Reorganisationsverfahren einzuleiten – dh einen **Reorganisationsprüfer** zu bestellen und (falls noch nicht vorgelegt) die Vorlage eines Reorganisationsplans auf zu tragen.
3. Aufgaben des Reorganisationsprüfers:
 - Verschaffung eines Überblicks über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens
 - Bericht an das Gericht, ob das Unternehmen insolvent ist.
 - Erstellung eines Gutachtens über die Zweckmäßigkeit und Erfolgsaussichten der geplanten Reorganisationsmaßnahmen nach Erhalt des Reorganisationsplans.
4. Der Unternehmer ist verpflichtet, dem Reorganisationsprüfer alle zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Auskünfte zu erteilen bzw. diesem Einsicht in erforderliche Unterlagen zu gewähren.
5. Der Unternehmer muss während der Durchführung des Reorganisationsplans halbjährlich berichten. Ist die Durchführung des Reorganisationsplans durch den Reorganisationsprüfer zu überwachen, so obliegt diesem auch die Berichtspflicht.
6. Wirkungen des Reorganisationsverfahrens:
 - Anfechtungsfristen nach der IO werden um die Dauer der Eröffnung des Reorganisationsverfahrens verlängert.
 - Überbrückungs- und Reorganisationsmaßnahmen während des Reorganisationsverfahrens können nicht angefochten werden, es sei denn, sie waren dem Reorganisationsprüfer nicht bekannt.
 - Reorganisationsmaßnahmen unterliegen nicht dem Eigenkapitalersatzgesetz (EKEG)
7. Das Verfahren ist durch das Gericht einzustellen, wenn Insolvenz eintritt
8. Das Verfahren ist durch das Gericht außerdem einzustellen, wenn:
 - Der Unternehmer den Reorganisationsplan nicht rechtzeitig vorlegt.
 - Der Unternehmer den Kostenvorschuss nicht rechtzeitig erlegt
 - Der Unternehmer seine Mitwirkungspflichten verletzt

- Der Reorganisationsprüfer den Reorganisationsplan nicht für zweckmäßig hält.

III. Haftung vertretungsbefugter Organmitglieder nach URG

1. Tatbestand:

- Die **Mitglieder des vertretungsbefugten Organs** (Vorstände, Geschäftsführer)
- einer **prüfpflichtigen juristischen Person**
- **haften**
- **gegenüber der juristischen Person**
- zur ungeteilten Hand, jedoch **jeder einzeln nur bis zu jeweils € 100.000**,
- für die von der Insolvenzmasse nicht gedeckten Verbindlichkeiten im Insolvenzfall,
- falls sie innerhalb der letzten **zwei Jahre vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens**,
 1. **kein Reorganisationsverfahren** eingeleitet haben, obwohl laut Abschlussprüfer
 - die **Eigenmittelquote geringer als 8%**
 - **und**
 - die **fiktive Schuldentilgungsdauer mehr als 15 Jahre** beträgt
 2. der **Jahresabschluss nicht oder zu spät** aufgestellt bzw. der Abschlussprüfer nicht unverzüglich mit der Prüfung beauftragt wurde.

Eigenmittelquote iSd URG (§ 23 URG):

Verhältnis zwischen

Eigenkapital und den **unversteuerten Rücklagen** (vgl § 224 UGB)

und

Gesamtkapitals, vermindert um die absetzbaren Anzahlungen.

Fiktive Schuldentilgungsdauer iSd URG von mehr als 15 Jahren (§ 24 URG):

Grosso modo: Der 15-fache Betrag des Cash-Flow des Unternehmens reicht nicht dazu aus, die Verbindlichkeiten zu decken.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten minus Aktiva und absetzbaren Anzahlungen dividiert durch Mittelüberschuss aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit (Zur Ermittlung des Mittelüberschusses sind vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit Steuern, Zuschreibungen zum Anlagevermögen, Gewinne aus dem Verkauf von Anlagevermögen abzuziehen sowie Abschreibungen auf Anlagevermögen und Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen hinzuzurechnen und die Veränderung langfristiger Rückstellungen zu berücksichtigen)

2. Haftung:

Voraussetzungen für die Innenhaftung der Mitglieder der vertretungsbefugten Organe sind also:

- **Prüfpflichtigkeit** der Gesellschaft (also nur „mittelgroße“ und große GmbH's“ sowie gesetzlich aufsichtsratpflichtige „kleine“ GmbH; jede AG; u.a.)
- Eröffnung eines Insolvenzverfahrens
- Keine Eröffnung eines Reorganisationsverfahrens trotz bekannter Kennzahlen, **oder auch nicht gehörige Fortsetzung eines solchen** 2 Jahre vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens
- Generell Verzug mit der Rechnungslegung 2 Jahre vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Die Haftung ist je Geschäftsführer oder Vorstandsmitglied auf den Betrag von € 100.000,– begrenzt.

3. Kein Eintritt der Haftung

3.1 Gutachten

Die in § 22 URG normierte **Haftung tritt nicht ein**, wenn die Mitglieder des Geschäftsführerorgans **sofort nach Kenntnis** des Eintritts der Kennzahlen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs ein **Gutachten eines Wirtschaftstreuhänders** einholen, welches **einen Reorganisationsbedarf verneint** (§ 26 URG).

Das Gutachten muss speziell darauf eingehen, warum trotz Vorliegens der Kennzahlen kein Reorganisationsbedarf besteht, also vor allem, ob die Fortbestehensprognose positiv ist, stille Reserven vorhanden sind oder Maßnahmen, wie etwa ein Beschluss einer Kapitalerhöhung oder der Abschluss eines Verlustabdeckungsvertrages getroffen wurden.

3.2 Exkulpierung

Gemäß § 27 URG entfällt die Haftung ebenfalls, wenn bewiesen wird, dass die Insolvenz aus anderen Gründen als dem Unterlassen der Reorganisation eingetreten ist.

Dieser Entlastungsbeweis der fehlenden Kausalität des Antrags ist möglich durch

- Nachweis, dass die Insolvenz **auch bei rechtzeitiger Antragstellung nicht vermieden** hätte werden können
- Nachweis, dass ohnedies betriebswirtschaftlich **sinnvolle außergerichtliche Reorganisationsmaßnahmen** – wenn auch letztlich erfolglos – außergerichtlich vorgenommen wurden.

(OGH 1.12.2005, 6 Ob 269/05k = ecolex 2006/175 = RdW 2007/267)

3.3 Verlagerung der Haftung

Hat das vertretungsbefugte Organ bzw deren Mitglieder die Einleitung eines Reorganisationsverfahrens vorgeschlagen, dafür allerdings nicht die notwendige Zustimmung eines **Aufsichtsrates oder einer Gesellschafterversammlung** erhalten bzw wurde ihm gegenteilige Weisung erteilt, so haften die Mitglieder des vertretungsbefugten Organs nicht.

In diesem Fall tritt, bei Eintritt des Tatbestandes eine **Haftung der Mitglieder des Aufsichtsrates bzw der Gesellschafterversammlung nach Maßgabe des § 22 URG** ein.

Diese grobe Übersicht gibt das Unternehmensorganisationsgesetz nur schlagwortartig wider. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Richtigkeit. Die Kürze der Darstellung zwingt zu Unschärfen und zu Verallgemeinerungen, die dann gesetzlichen oder nach der Rechtsprechung bestehenden Differenzierungen oder Ausnahmen nicht (ausreichend) berücksichtigen. Diese Unterlage ist ein bloßer Lernbehelf für Studierende und begründet keinerlei Vertragsverhältnis; sie stellt keinen Rat und Auskunft dar. Jede Haftung des Verfassers für allfällige Unrichtigkeiten wird ausgeschlossen. Die Vervielfältigung, Veröffentlichung und Verbreitung dieser Unterlage ist ausgeschlossen.